Nr. 198 ♦ 39. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 98

Abend-Ausgabe

Groß-Berlin 50 Pf.
auswärts 60 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 90,— M., monatl. 30,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 30,— M., einschl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- u. Memelgebiet, sowie Oesterreich u. Luxemburg 61,— M., für das übrige Ausland 82,— M. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschecho-Slowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 12,— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 3,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 2,— M. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 6,— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Teuerungszuschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195—97, Expedition Moritzplatz 11753—54

Donnerstag, den 27. April 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-Abteilung Moritzplatz 11753—54

Verständigung oder Weltkrieg!

Lloyd Georges Befürchtungen.

Paris, 27. April. (EE.) Aus Genua wird der hiesigen „Chicago Tribune" berichtet: Lloyd George besprach vor den englischen und amerikanischen Zeitungskorrespondenten die Möglichkeit eines neuen Weltkrieges, wenn die in Europa bestehende Unruhe nicht beseitigt werde. Der große Krieg habe viele Fragen ungelöst gelassen, wodurch die Keime zu einem neuen Krieg beständen. Die östlichen Grenzen Europas seien noch nicht festgelegt; über diejenigen Polens, Litauens und Rumäniens werde noch gestritten, und dadurch könnte ein neuer Krieg entstehen. Die Vereinigten Staaten würden, ob sie es wünschten oder nicht, in diesen neuen Krieg mit hineingezogen werden, genau so, wie sie in den letzten Krieg hineingezogen wurden. Die Siegermächte dürften nicht versuchen, die Besiegten zu quälen. Rußland und Deutschland stellten ein Drittel Europas dar, das nicht übersehen werden dürfe. Der neue deutsch-russische Vertrag habe jedermann die Augen geöffnet. Schon vor längerer Zeit habe Lloyd George vor dieser Gefahr eindringlich gewarnt, die entstehen würde, wenn Deutschland und Rußland in ihrer Not ein Bündnis miteinander schlössen. Man käme dann zu der Situation, daß das sterbende Rußland von Deutschland bewaffnet und ausgerüstet würde. Dadurch entstände dann die Gefahr einer neuen Invasion. Man dürfe aber die Gewalt nicht mißbrauchen und nicht vergessen, daß der Sieg, den man mit Gottes Hilfe errungen habe, den Alliierten wieder entrissen werden könnte. Die Aussichten eines alleuropäischen Vertrages, sagte der englische Ministerpräsident, sind wesentlich für den Erfolg der Konferenz. Ohne diesen muß man für die Zukunft Europas und der Welt fürchten. — Lloyd George will, wenn nötig, noch mehrere Wochen in Genua verbleiben, um ein Einverständnis mit Rußland herbeizuführen und die Annahme eines alleuropäischen Vertrages zu sichern. — Der amerikanische Bankier Vanderlip saß in unmittelbarer Nähe Lloyd Georges und erklärte in kurzer Aussprache, daß die Vereinigten Staaten es bedauern würden, wenn die Konferenz von Genua der augenblicklichen Lage in Europa keine Abhilfe brächte.

Nach den „Daily News" sagte Lloyd George auch noch: Für den Augenblick gehören wir zu der triumphierenden Gruppe; diese Dinge können jedoch nicht ewig dauern. Wenn unser Triumph in Unterdrückung ausartet, so bleibt die Rache nicht aus und Europa schwimmt noch zu Lebzeiten so weißhaariger Männer, wie ich einer bin, wieder in Blut.

Millerand für Poincaré.

Paris, 27. April. (WTB.) Präsident Millerand billigte in seiner bereits kurz gemeldeten Abschiedsrede in Philippeville vor dem Verlassen des algerischen Bodens weiter die Rede Poincarés in Bar le Duc. „Unsere Alliierten und wir", fuhr Millerand fort, „wir haben gekämpft für den Triumph des Rechts, für den Millionen Menschen gestorben sind. Wir werden ihn nicht in Frage stellen lassen." Nachdem der Präsident dann die Erklärung abgegeben hatte, daß ein Deutschland, das seine Verpflichtungen hinsichtlich der Reparation und der Entwaffnung erfülle, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Frankreich wiederaufnehmen könne, sprach Millerand in ähnlichem Sinne von der Sowjetregierung und führte, indem er auf das Abkommen von Rapallo hinwies, weiter aus, man habe an Brest-Litowsk erinnert. Die abschließenden Parteien seien dieselben und ihre Absichten hätten sich zweifelsohne auch nicht geändert (also Wirth gleich Ludendorff und Rathenau gleich Hoffmann!!) Red.). Aber der Sieg für sie sei nicht mehr zu erreichen, und die Alliierten, für die Brest-Litowsk eine furchtbare Bedrohung gewesen sei, hätten in dem Abkommen von Rapallo eine Warnung erkannt, die vielleicht nicht ohne Nutzen gewesen sei. Die Alliierten seien einig und würden es zu bleiben verstehen, um angesichts dieser Warnung alles zu beseitigen, was die Bestimmungen von Versailles verletze. Ihr Einverständnis, verstärkt durch die Freiheit und Mithilfe der während des Krieges neutral gebliebenen Völker, werde fortbestehen, um das Werk des Friedens zu einem guten Ende zu führen, das sie unternommen hätten. Frankreich werde nach wie vor mit seiner ganzen Intelligenz und seinem ganzen Herzen daran mitarbeiten, ohne einen anderen Hintergedanken, als den, zusammen mit seinen eigenen Interessen diejenigen ganz Europas sicher zu stellen. Er persönlich zweifle nicht an dem Enderfolg.

Die Einberufung der Versaillespartner.

Eine Havas-Meldung macht bezeichnenderweise den Versuch, die zur Besprechung der Poincaréschen Drohungen gedachte Tagung der Vertragspartner von Versailles — natürlich der nicht mit der Pistole zur Unterzeichnung bewogenen — in ein Feststellungsgericht für die Frage der Vereinbarkeit des Rapallo-Vertrags mit dem Versailler Text umzudrehen. So angenehm dies der französischen Regierung wäre, so fürchtet man in Paris von dieser Tagung wiederum die Aufrollung der Reparationsfrage, die ja von der der Sanktionen unzertrennlich ist und darum wünscht man am Quai d'Orsay diese Sitzung überhaupt nicht und hat dort Herrn Marcel Hutin vom „Echo de Paris" sogar erklärt, der alte Oberste Rat sei tot und das sei kein Schaden, denn er habe viele Dummheiten gemacht.

Diese Ansicht dürfte allerdings allgemeiner Zustimmung sicher sein; die ungeheure Arbeitslosigkeit in den „Siegerländern" und bei den Neutralen ist der stärkste Beweis dafür, wenn auch das Massenelend bei den Besiegten nichts gilt.

Doch Reparationsberatung in Genua?

London, 27. April. (WTB.) „Daily Expreß" meint, die bevorstehende Genueser Zusammenkunft der Alliierten, die den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben zur Erörterung der durch die Drohungen Poincarés in seiner Rede in Bar-le-Duc geschaffenen Lage, zeige deutlich die Isolierung Frankreichs. Lloyd George sei durch die Maßnahmen, die Poincaré in seiner Rede gegen Deutschland angekündigt habe, veranlaßt worden, Barthou und anderen Delegierten vorzuschlagen, das Reparationsproblem in Genua zu regeln. Die Franzosen hätten Lloyd Georges Vorschlag zugestimmt. Deutschland sei jedoch von den Erörterungen ausgeschlossen. Ein gestern abend 11 Uhr aus Genua abgesandtes Telegramm Wicham Steeds an die „Times" besagt, daß der britische Vorschlag, eine Zusammenkunft der Unterzeichner des Friedensvertrags von Versailles nach Genua einzuberufen zur Erörterung der Fragen der Reparation, die durch die Rede Poincarés in Bar-le-Duc aufgeworfen seien, in Genua beträchtliche Erregung verursacht habe. Man hege die Befürchtung, daß der britische Vorschlag als ein Versuch angesehen werden könne, die ausdrückliche Bedingung, daß das Problem der Reparationen weder auf der Konferenz von Genua noch überhaupt im Zusammenhange mit ihr erörtert werden solle, zu umgehen. Man zweifelt daher sehr, ob Poincaré den britischen Vorschlag annehmen werde.

Oberster Rat als Juristenfakultät?

Paris, 27. April. (WTB.) Zu dem Gerücht, Lloyd George habe die Absicht, die Einberufung des Obersten Rates zu beantragen, um die durch den deutsch-russischen Vertrag von Rapallo aufgeworfenen Fragen (evtl. Zuwiderlaufen gegen Versailler Bestimmungen. Red.) zu besprechen, erfährt die Havas, daß man am Quai d'Orsay heute abend noch keine Bestätigung dieser Nachricht hatte; man war jedoch der Ansicht, daß der französische Ministerpräsident, wenn England diese Initiative ergreifen würde, der Einberufung nur unter einer der beiden folgenden Bedingungen zustimmen könne: entweder müßte die Zusammenkunft in Genua stattfinden, und zwar frühestens am 7. oder 8. Mai, da Poincaré erst nach der Rückkehr des Präsidenten der Republik daran teilnehmen könnte, oder die Zusammenkunft müßte, falls sie früher stattfinden sollte, in Paris abgehalten werden.

Diese Bedingungen bedeuten keineswegs, so heißt es in der Havas-Erklärung weiter, daß das Haupt der Regierung die Absicht hat, die Möglichkeit einer demnächstigen Sitzung des Obersten Rates auszuschalten, es ist sogar wahrscheinlich, daß, sollte sich die Gelegenheit bieten, Poincaré sie benutzen wird, um den Alliierten verschiedene Fragen vorzulegen über ihre zukünftige Haltung und über die Herausforderung Deutschlands gegenüber dem alliierten Vertrag von Versailles. Der deutsch-russische Vertrag würde daher vielleicht nicht allein zur Debatte stehen, und andere Vertragsverletzungen könnten sehr wohl auch wieder wachgerufen werden. Es scheint übrigens (ob das dem WTB. oder Havas scheint, ist nicht klar. Red.), daß angesichts der besonderen Atmosphäre, die durch die Anwesenheit der deutschen und der russischen Abordnung in Genua geschaffen ist, der Ministerpräsident eine gewisse Besorgnis fühlt, die Zusammenkunft des Obersten Rates in dieser Stadt vor dem Schluß der Konferenz und der endgültigen Abreise der Vertreter Berlins und Moskaus anzunehmen.

London, 27. April. (EP.) Der Korrespondent der „Daily Mail" in Genua behauptet, ein französischer Diplomat in Berlin habe vor zwei Monaten den vollständigen Text des Vertrages von Rapallo dem Quai d'Orsay telegraphiert. Er habe ihn von einem Russen erhalten.

Der Dollar pendelt.

Die Börse, die sich bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht hatte, daß die Konferenz von Genua ohne besondere Ereignisse im Sande verlaufen würde, wurde durch die Nachricht von der Einberufung des Obersten Rates erneut beunruhigt. Am Devisenmarkte machten sich neue Schwankungen bemerkbar. Der Dollar pendelte zwischen 275 und 283. Um die Mittagsstunde wurde er mit 280 gehandelt. Am Effektenmarkt zeigte sich eine gewisse Abschwächung der Unternehmungslust. Die Rückgänge waren indes nicht bedeutend.

Die russisch-japanische Konferenz in Dairen, die die Lage im fernen Osten ordnen sollte, ist gescheitert — nach russischer Darstellung an dem Widerstand der japanischen Militärpartei gegen die vom Parlament gewollte Räumung Ostsibiriens. Die Weißgardisten Kappels sind auf der Flucht.

Auf dem Weg zur Klarheit.

Zur Krise in der USP.

Daß die Unabhängige Sozialdemokratische Partei sich in einer tiefgehenden Krisis befindet, hat die Amtsniederlegung der „Freiheit"-Redaktion der Welt aufs neue in Erinnerung gerufen. Sie findet jetzt ihren beredten Ausdruck in mehreren Aufsätzen, die in der von Breitscheid herausgegebenen Wochenschrift „Der Sozialist" erscheinen. Zwei der ausgeschiedenen „Freiheit"-Redakteure, Paul Hertz und Eugen Prager, nehmen zu der Parteikrise das Wort. Und ihre Ausführungen leuchten tief in die Krankheitserscheinungen hinein, deren Objekt die USP. ist.

Paul Hertz spricht zunächst von der bekannten Denkschrift der alten „Freiheit"-Redaktion über die Fragen der Parteitaktik und konstatiert, daß der Parteirat die in der Denkschrift niedergelegten Ansichten abgelehnt habe, ohne sie im einzelnen zu beraten. Dafür hat man versucht, den Konflikt auf eine „geistige Depression" Hilferdings zurückzuführen. Demgegenüber betont Hertz, daß es sich um eine tiefgehende Meinungsverschiedenheit zwischen großen Gruppen der Partei handele. Mit Ausnahme eines einzigen haben sämtliche Redakteure der „Freiheit" nach dem Beschluß des Parteirates ihre Demission gegeben und zwar aus Gründen der Ueberzeugung, nicht lediglich aus Solidarität mit Hilferding. Der Konflikt der „Freiheit"-Redaktion, ebenso wie der in der Berliner Rathausfraktion und der Gegensatz in der Reichstagsfraktion bei der Stellungnahme zum Kabinett Wirth sind, nach Hertz, nur verschiedene Symptome des gleichen die ganze Partei beherrschenden Gegensatzes.

Bemerkenswert sind einige Mitteilungen von Hertz über die Behandlung der Steuerfragen auf dem Leipziger Parteitag der USP. und in ihrem Manifest. In dem letzteren heißt es:

> Die USP. lehnt jede weitere Belastung der Massen ab und bekämpft auf das entschiedenste neue indirekte und Verbrauchssteuern.

Durch diesen Satz wird in der Oeffentlichkeit der Eindruck erweckt, als ob die unabhängige Reichstagsfraktion verpflichtet sei, unter allen Umständen Verbrauchssteuern ihre Zustimmung zu versagen. Hertz teilt aber mit, daß diese Formulierung gerade deshalb gewählt wurde, um die Möglichkeit offenzulassen, daß für den Fall ausreichender Besitzsteuern auch die unabhängige Reichstagsfraktion Verbrauchssteuern zustimmen könne, weil damit keine neue Belastung der Arbeiterklasse eintrete, sondern eher eine Verminderung der Lasten erfolgen werde. Nur unter diesen Gesichtspunkten konnte das Manifest überhaupt einstimmige Annahme finden. Das hat in den Vorberatungen besonders Hilferding immer wieder festgestellt. Bedauernd schließt Hertz seine Ausführungen:

> Die wissenschaftliche Erkenntnis ist mehr und mehr beiseite gedrängt worden von den über Gebühr und unberechtigt in den Vordergrund geschobenen Bedürfnissen der Agitation. Weil das schon vor dem Leipziger Parteitag in den internen Beratungen überaus deutlich geworden ist, hat dann schließlich Hilferding auf sein Referat (über die Steuerfrage) verzichtet, das eben diesen Gegensatz zwischen marxistisch wissenschaftlicher Erkenntnis und parteipolitischem Agitationsbedürfnis deutlich zutage gefördert hätte.

Eugen Prager verrät in seinen „Bemerkungen zur Krise der USPD.", daß der neue Chefredakteur der „Freiheit", Dittmann, den größeren Teil der alten Redaktion mit der Behauptung wiederzugewinnen suchte, das Mißtrauensvotum des Parteirates richte sich nur gegen Hilferding, Hertz und Prager, und die anderen Kollegen könnten mit der Verantwortlichkeit für die Haltung des Blattes nicht belastet werden. Die mit dem „aufgewärmten Vertrauen" bedachten Redakteure hatten aber kein Verständnis für die Situation und lehnten es mit Dank ab, sich in die Klasse der meinungslosen Kulis einreihen zu lassen. „So ist denn die neue Redaktion," sagt Prager, „nur aus bewährten Parteikämpfern zusammengesetzt worden, von denen der eine vor etwa Jahresfrist seine kommunistischen Irrfahrten beendet hat, der andere vor einigen Monaten von der SPD. zur USPD. hinübergewechselt ist."

Prager versichert weiter, daß erst der Vorstoß jener Richtung, an deren Spitze Rosenfeld und Ledebour stehen, die Krise ausgelöst habe. Was die USP. bis zu den Reichstagswahlen 1920 aufwärts geführt hatte, das war nach Prager „weniger die eigene Kraft, als die Schwäche der Sozialdemokratischen Partei". Im Negativen, sagt er, konnte die USP. einen Erfolg über den anderen haben. Sie hat z. B. mit aller Energie dafür gekämpft, daß unter den Vertrag von Versailles die deutsche Unterschrift gesetzt werde. Aber sie lehnte es ab, die Verantwortung für seine Durchführung zu übernehmen:

> Kurzum, die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie zeigte von je einen zwiespältigen Charakter, weil sie sich an der agitatorischen Wirksamkeit ihrer kritischen Argumente genügen ließ, dagegen stets verabsäumte, aus den gegebenen Verhältnissen

die Schlußfolgerungen zu ziehen und das in der jeweiligen Situation für das Proletariat Erreichbare zu verwirklichen.

Prager begnügt sich nicht mit der Kritik an dem bisher Geschehenen. Er packt den Stier bei den Hörnern und erklärt rund heraus, daß die organisatorische Einigung der Arbeiterparteien eine dringende Notwendigkeit sei:

Die deutsche Arbeiterbewegung ist krank. Eine tiefe Verdrossenheit geht durch alle ihre Kreise, die rechte und echte Freude an der Parteiarbeit ist nur noch selten anzutreffen. . . . Die Arbeiterklasse verzehrt ihre besten Kräfte im Kampfe gegen sich selbst; eine Partei sucht der anderen immer den Rang abzulaufen und **im Grunde genommen verlieren sie alle zusammen das Spiel.** Ein Beispiel für viele: In Berlin hatte der „Vorwärts" vor dem Kriege mehr Abonnenten, als heute „Vorwärts", „Freiheit" und „Rote Fahne" zusammengenommen. Die dreifache Zahl der Redakteure bemüht sich jetzt um einen geringeren Kreis der Arbeiterleser wie früher. Ebenso in den Organisationen: die gleiche Arbeit wird immer von mindestens drei Leuten geleistet, von denen jeder die allein echte Heilsbotschaft bringt. Der Erfolg ist der, daß die bürgerliche Presse ununterbrochen an Lesern aus Arbeiterkreisen zunimmt, daß die Zahl der politisch Organisierten immer geringer wird. . . .

Gerade von der Unabhängigen Sozialdemokratie verlangt Prager den ersten Schritt zur Wiedervereinigung. Sei erst einmal die Streitaxt zwischen den sozialistischen Parteien begraben, so würde sich bald ein Strom neuer Hoffnungsfreudigkeit und Zuversicht in die Welt der Arbeit ergießen. Die Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien werde das Selbstbewußtsein der Arbeiterschaft außerordentlich stärken.

Ganz so pessimistisch wie Prager sehen wir in der Sozialdemokratischen Partei die Entwicklung der Dinge nicht. Daß bei uns die Zahl der politisch Organisierten immer geringer werde, ist eine irrige Annahme, was allerdings nicht ausschließt, daß Prager bei der USP. und der KPD. die Entwicklung richtig beurteilt. Sein offenes Bekenntnis zur Notwendigkeit der Einigung begrüßen wir jedoch von Herzen und wünschen, daß dieser Gedanke trotz ihrer Krise in der USP. bald weiter um sich greifen möge. Daß er sich nicht lediglich auf die bisherige Redaktion der „Freiheit" beschränkt, geht aus einem weiteren Artikel im „Sozialist" hervor, der von Franz Nevermann in Hagen geschrieben ist. Dieser konstatiert ausdrücklich, daß die oft ausgesprochene Hoffnung der Unabhängigen, „die Koalitionspolitik der Rechtssozialisten würde ihre proletarisch empfindenden Anhänger abstoßen und uns zuführen", sich nicht erfüllt hat. Auch die Zustimmung zum Steuerkompromiß habe nichts dergleichen bewirkt. Nevermann hält es für notwendig, daß die USP. sich von dem Schrecken vor der Koalition erholt.

„Wenn die Vertreter der USP. eine unerschütterliche sozialistische Ueberzeugung in sich tragen, dann kann ihnen diese auch selbst nicht geraubt werden durch die eventuelle Mitwirkung in einer Koalitionsregierung."

Alle drei Aufsätze zeigen, daß weitere Schichten in der USP. sich auf dem Wege zur Klarheit befinden. Wir werden nichts tun, um den Weg zu versperren. Im Gegenteil sind wir überzeugt, daß die politischen Tatsachen diese Klarheit immer deutlicher werden lassen und hoffen, daß sie bald die ganze Unabhängige Partei erleuchten werde.

Die „Freiheit" wirft uns vor, daß wir ihren Rückgang in hämischer Weise besprochen hätten. Unsere Leser wissen, daß das nicht der Fall ist. Es war übrigens die „Freiheit", die uns zu einer ausführlichen Erklärung nötigte, indem sie den „Vorwärts" ganz überflüssigerweise in ihre Angelegenheiten mit hineinzog. Damit fährt sie jetzt fort, indem sie behauptet, die Geschäftsleitung habe einen Abonnementsbetrag von 40 M. vorgeschlagen, der vom Parteivorstand auf 35 M. herabgesetzt worden sei, die Partei bestreite ihre allgemeine Agitation aus Regierungsgeldern und der „Vorwärts" erhalte von der Partei Zuschüsse. Alle diese Behauptungen sind unwahr.

Der Zusammentritt des Reichstags.

Der Aeltestenrat des Reichstages ist laut WTB.-Meldung auf Sonnabend, den 29. April, mittags 12 Uhr, einberufen, um über den Termin des Wiederzusammentritts des Reichstags Beschluß zu fassen.

Der Prozeß um die Eisner-Dokumente.

München, 27. April. (Eigener Drahtbericht.) In München begann heute morgen der Beleidigungsprozeß des ehemaligen Sekretärs Kurt Eisners, Fechenbach, gegen die Münchener bürgerliche Presse. Der Prozeß beleuchtete schon in den ersten Stunden das Treiben der Münchener nationalistischen Verleumder- und Mordzentrale. Als die dunkle Quelle aller nationalistischen Verleumdungen haben sich die „Südd. Monatshefte" und deren Verleger Croßmann herausgestellt. Von hier aus hat ein Schmutzartikel seinen Ausgang genommen, der seinen Weg in die Münchener und die gesamte deutsche Presse gefunden hat. Die hierdurch inspirierten Artikel

forderten dann zum Mord an Eisner auf.

Anlaß zu der Veröffentlichung gab eine Artikelserie Eisners: „Urkunden über den Ursprung des Krieges", die im November 1918 an die bayerische „Staatszeitung" gegeben wurde. Die Eisnersche Veröffentlichung wies bekanntlich einige Lücken auf, die Eisner seinem Sekretär gegenüber mit der Raumnot der Presse begründete. Aus den Beschimpfungen Eisners und seines Sekretärs mögen folgende Sätze genannt werden:

„Eisner ist tot. **Der junge Fechenbach läuft noch irgendwo in der Welt herum.** Das Verbrechen der zwei Rätejuden war **bezahlte Arbeit im Interesse des Feindes. Für den Juden Fechenbach ist kein Galgen hoch genug, um diese Tat zu sühnen."**

Das Gericht hat sich nun die Aufgabe gestellt, zu prüfen, 1. ob eine Fälschung durch Fechenbach vorliegt, und ob diese nachteilig auf den Friedensschluß eingewirkt hat; 2. ob der Privatkläger die Fälschung begangen hat. Das Münchener Gericht entschließt sich also unter dem Druck der durch spaltenlange Presseartikel mobil gemachten Oeffentlichkeit, die rein formale Beleidigungsklage zu einem großen politischen Ereignis zu machen.

Der Sitzungssaal ist überfüllt von deutschen und ausländischen, schweizerischen und französischen Journalisten. Der Apparat, der hier von der beklagten Münchener Presse in Bewegung gesetzt wurde, ist außerordentlich, doch ist der Prozeß eigentlich schon jetzt in der ersten Stunde formal entschieden. Die Beweisaufnahme ergab, daß der Herausgeber der „Süddeutschen Monatshefte"

eine Lüge über Eisners Sekretär leichtfertig in die Welt gesetzt hat.

Die Mittelsperson, von der Croßmann erfahren haben will, daß Fechenbach die Eisnersche Publikation in Täuschungsabsicht hergestellt und Eisner nur seine Unterschrift dazu gegeben habe, erklärte, **nichts zu wissen.** Die Frau Eisner, von der diese Mittelsperson das erfahren haben will, **weiß ebenfalls nichts.** Festgestellt ist bis jetzt nur eins: Eisners Sekretär hat die Publikation nach dem Diktat Eisners hergestellt. Er hat sogar den Ministerpräsidenten gefragt, ob nicht das veröffentlichte Material noch nachträglich der Presse übergeben werden solle. Der Vertreter des Anklägers stellte den Antrag, den ehemaligen Staatsrat im Ministerium des Aeußeren, v. Lössel, zu vernehmen, um den Beweis zu erbringen, daß 1918 **die betreffenden Akten aus dem Aktenstück des Ministeriums des Aeußeren herausgenommen wurden,** in dem

ein System der doppelten Buchführung

(eine Aktensammlung für die Oeffentlichkeit, die **andere für den** amtlichen Gebrauch) bestanden haben soll.

Der Kampf gegen den Wucher.

Aus München meldet TU.: Die gestern nachmittag von den Sozialdemokraten einberufenen Teuerungsversammlungen waren derart überfüllt, daß mehrere Parallelversammlungen abgehalten werden mußten. Ueberall wurde eine Entschließung angenommen, die u. a. die sofortige Aufnahme der Vorarbeiten für Einführung der organisierten Wirtschaft für die notwendigsten Lebensmittel im nächsten Versorgungsjahre fordert.

Der 1. Mai in München dienstfrei. Mit den Stimmen der sozialistischen Mehrheit nahm der Münchener Stadtrat einen Antrag an, wonach Arbeitern der Stadtgemeinde, die am 1. Mai an der Maifeier teilnehmen wollen, auf Ansuchen dienstfrei zu geben ist.

Minister sind vogelfrei.

Ein Urteil, das ein genaues Seitenstück zu den Urteilen der Bochumer und Breslauer Gerichte in den Prozessen des Ministers Severing gegen seine Verleumder bildet, hat dieser Tage ein Dresdener Gericht gefällt. Der Gastwirt Franz Josef Zadraschil hatte in einem öffentlichen Lokal, während am Stammtisch politisiert wurde, die Aeußerung getan: „Die Minister, die im Freistaat Sachsen in der Regierung sitzen, **sind alles große Lumpen."** Er hat diese Worte so laut gesprochen, daß sie sogar im Nebenzimmer gehört wurden, worin zufällig ein Justizamtmann saß, der dem Justizminister Bericht erstattete.

Das Gericht erkannte auf eine **Geldstrafe von 300 M.** — Als zu Wilhelms Zeiten einmal ein Arbeiter auf dem Hinterperron der Elektrischen im Gespräch zu seinem Nachbarn sagte: „Den Polizeipräsident v. Jagow soll der Teufel holen", — da gab es 4 Monate Gefängnis. Im Schutz der Autoritäten des alten Obrigkeitsstaates waren die Richter eifrig. Aber heute haben viele von ihnen kein Interesse mehr daran, denn heute kann ja, wie das Breslauer Schöffengericht sich geschmackvoll ausgedrückt hat, „jeder Handwerker Minister werden".

Neue Verhandlungen im Bankgewerbe.

Wie der „Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten" mitteilt, hat der Reichsarbeitsminister im Interesse der Aufrechterhaltung des Arbeitsfriedens im Bankgewerbe, die Reichstarifvertragsparteien für Sonnabend zur Entsendung bevollmächtigter Vertreter aufgefordert, um nochmals eine Verständigung über die strittiggebliebenen Fragen zu versuchen.

Staatsrat gegen Verfassung.

In der heutigen Sitzung des preußischen Staatsrats folgte nach Erledigung einer Reihe von Vorlagen als wichtigster Punkt der Tagesordnung die Stellungnahme zu den Meinungsverschiedenheiten über die **verfassungsmäßigen Rechte des Staatsrats.** — Dazu liegen einander widersprechende Gutachten von Prof. Dr. Stier-Somlo-Köln (der im Staatsrat eine erste Kammer sieht), Ministerpräsidenten Braun und des Ministers des Innern Severing vor. — Der Verfassungsausschuß des Staatsrats beantragt dazu eine längere Entschließung, die sich

gegen den Standpunkt des Staatsministeriums

wendet, und die der deutsch-völkische Freiherr v. Freytagh-Loringhoven (Arbeitsgemeinschaft) als erster Berichterstatter begründet: Der Staatsrat soll nach dem Willen der Verfassung ein gewisses Korrektiv gegen das Einkammersystem sein. Wenn der Staatsrat jetzt um seine Befugnisse kämpft, so handelt es sich nicht um den Wunsch, zu einer ersten Kammer zu werden, wie das von einem Teile der Presse behauptet worden ist. (Es ist doch so! Red. d. V.) Es sind vielmehr seine Befugnisse in unmittelbarem praktischen Verkehr mit dem Staatsministerium strittig geworden. Die Regierung will dem Staatsrat nur eine Bedeutung als Vertretung der Provinzen geben, ohne ihm einen sachlichen Inhalt zu geben. Artikel 40 Absatz 1 der Verfassung verpflichtet die Regierung, den Staatsrat über sämtliche Staatsgeschäfte auf dem laufenden zu halten. Die Regierung behauptet, sie könne hierbei die Auswahl treffen und habe dem Staatsrat nur das mitzuteilen, dessen er zur unmittelbaren Mitwirkung an der Gesetzgebung bedürfe. Die Regierung verweigert ferner dem Staatsrat jede Mitwirkung am Erlaß von Notverordnungen. Der Verfassungsausschuß empfiehlt, diese drei Streitfragen

dem Staatsgerichtshof zur Entscheidung

zu unterbreiten. Reichskommissar Mehlich-Dortmund (Soz.) begründet als zweiter Berichterstatter die Auffassung der Minderheit des Staatsrates: Für die Beurteilung der Streitfrage ist die staatsrechtliche Stellung des Staatsrates von größter Bedeutung. Wenn er eine Erste Kammer ist, dann sind die ohne seine Mitwirkung zustandegekommenen Gesetze ungültig. Nur wenn diese Auffassung richtig ist, wäre auch die Auffassung des Verfassungsausschusses berechtigt. Tatsächlich ist aber der Staatsrat keine Erste Kammer. Die Bestrebungen, die bei der preußischen Verfassungsberatung dahingingen, haben sich nicht durchsetzen können.

Neue Ausweisungen aus Elsaß-Lothringen. Die Correspondence de Straßbourg veröffentlicht eine neue Aufstellung von hundert weiteren Ausgewiesenen. Es handelt sich um 50 Deutsche, 15 Saarländer, 12 Polen, 9 Luxemburger, 5 Italiener, 2 Schweizer, 2 Belgier und 2 Deutschösterreicher.

Die erste Filmoper.

So alt wie der Film ist auch der Wunsch, die Stummheit des Lichtbildes zu überwinden. Es sind ungezählte Versuche in dieser Richtung gemacht worden, keiner war auch nur im geringsten zulänglich. Der naheliegendste, die Verbindung von Grammophon und lebendem Bild, ist der hoffnungsloseste; von den „Tonbildern", die vor einem Dutzend Jahren in den Kinos aufkamen, wandte sich der Gast mit Grausen, sie verschwanden bald und kehrten nicht wieder. Trotz alledem hören die Bemühungen, die Leinwand zum Sprechen und zum Singen zu bringen, nicht auf. Der Rezitator, die drastischste Erscheinung im Kinowesen, ist ausgestorben, nur noch wenige Exemplare sollen in einigen Kintöppen des düstersten Berliner Norden eine sprachgewaltige Existenz fristen. Am anderen Horizonte aber taucht er, oder vielmehr das Bedürfnis, das ihn erzeugte, mit neuen Versuchen wieder auf. Die Musik wird mit dem Bildstreifen in Beziehung gesetzt, Sänger und Sängerinnen im Orchester versuchen, das Tönen der auf die Leinwand geworfenen Menschenbilder glaubhaft zu machen. Dagegen ist nichts einzuwenden, auch Theater ist Täuschung, der Wald ist aus Farbe und der Donner aus Blech — man muß nur verlangen, daß die Täuschung gelingt. Erste Voraussetzung dazu ist Synchronisation, präzisteste Uebereinstimmung von Handlung und Musik, ein technisches Problem, das mehr Rücken hat, als man leichthin annehmen sollte. Die zweite Forderung muß an den musikalischen Film noch eindringlicher gerichtet werden als an den einfachen Spielfilm: kein vor das Objektiv gezerrtes Theater zu sein! Das Formgesetz jedes Kunstwerkes ruht im gestaltenden und gestalteten Material; der Film hat mit dem Theater innerlich nichts gemein, darum wird gefilmtes Theater, und sei es als Theater noch so gut, immer unecht, also Kitsch sein. Deutlich spürte man beim Betrachten und Anhören der aus den Opernhäusern in die Lichtspiele herübergeholten Musikwerke: so geht das nicht; hier kann nichts adoptiert, hier muß Eigenes gezeugt und geboren werden.

Von dieser Einsicht aus gewinnt der erste Wurf in dieser Richtung erhöhtes Interesse. Die Roto-Film-Gesellschaft bringt in nächster Zeit eine Oper heraus, die als erste im ernsthaften Sinne den Titel einer Filmoper verdient. Die Wahl des Stoffes, seine musikalische und dramatische Behandlung, seine ganze technische und künstlerische Durchführung, geht von den Möglichkeiten des Films aus, steht organisch zum Wesen des Lichtbildes. Die Oper nennt sich „Jenseits des Stromes" und hält sich in jener Sphäre des halb Wirklichen, halb Visionären, in der der Film seine beste Zukunft hat. Auf der Grenze zwischen Leben und Tod, wo Charon den Nachen über den Strom des Vergessens lenkt, kämpft eine Erdentochter um den Abschied von der Welt. Aus Nebeln (nicht aus Blendenschlüssen) treten die Bilder, nach den Melodien bewegt, in das Auge des Zuschauers; Gesang, Musik und Bild sprechen, zu innerer Einheit verbunden, auf das stärkste an. Ueber das Technische ist folgendes zu sagen: am unteren Ende des Bildes läuft ein Notenstreifen, der den Sängern wie dem Dirigenten auf den Bruchteil der Sekunde genau die Uebereinstimmung mit dem Bildverlauf ermöglicht. Andererseits kann der Dirigent von seinem Pult aus durch direkte Verbindung mit dem Vorführungsapparat die Laufgeschwindigkeit des Bildstreifens seiner Tonführung anpassen. Der Schöpfer dieses Systems, Ludwig Czerny, ist auch der Regisseur der Oper, und ist es mit einer Meisterschaft, die bei der Neuheit des Versuches auch vorausgesetzt werden muß. Die Musik schrieb Ferdinand Hummel, sie ist lebendig, melodiös, voller Spannung und innig mit der Handlung verbunden, ein vornehmer, sprachlich einwandfreier Gesangstext gleicht sich ihm an. Gute Darsteller, das beste Ballett (Staatsoper), Bauten im großen Stil ergänzen die Absicht, etwa Neues zu schaffen, das für den Film, der ja nun einmal eine der zukunftsträchtigsten Einrichtungen ist, Grundlage für eine eigenartige Entfaltung geben soll. Solche Pionierversuche sind schon darum zu begrüßen, weil sie geeignet sind, dem seichten Kitsch der durchschnittlichen skrupellosen Geschäftsfilme das Wasser abzugraben und zur höheren Gattung des kommenden künstlerischen Lichtbildes durchzustoßen.

Sommerzeit und Schulhygiene. Erst kürzlich ist bei uns der Antrag gestellt worden, die im Kriege eingeführte Sommerzeit wieder aufzunehmen. Aus diesem Anlaß ist es interessant, die Gutachten kennen zu lernen, die die englischen Schulbehörden über den Einfluß der dort beibehaltenen Sommerzeit auf die Gesundheit der Kinder erstattet haben. Der wichtigste Grund, der gegen die Sommerzeit vorgebracht wurde, war der, daß die Kinder, besonders in Arbeiterkreisen, nicht genug Schlaf haben, weil die Stunde, die durch das frühere Aufstehen für den Schlaf verloren geht, nicht durch früheres Zubettgehen ausgeglichen wird. Daran sollen hauptsächlich die Wohnungsverhältnisse bei den Arbeiterfamilien schuld sein.

Das erste deutsche Betonschiff. Die Amerikaner haben bereits während des Krieges in großem Maßstabe den Eisenbeton zum Schiffbau verwendet und dabei manche Fehler gemacht, die die deutsche Technik jetzt bei ihren Betonbauten vermeidet. Der Mangel an Schiffsbaumaterial und das Bedürfnis nach Frachttonnage sind bei uns besonders groß, und deshalb ist die Verwendung von Eisenbeton beim Schiffsbau von großer Bedeutung. Wie in der „Umschau" mitgeteilt wird, ist das erste seetüchtige deutsche Eisenbetonschiff vor kurzem vollendet worden. Seine Abmessungen betragen: Länge 56 Meter, Breite 8,6 Meter, Höhe 4,6 Meter, die Ladefähigkeit 800 Tonnen, die Geschwindigkeit 9 bis 9½ Knoten. Die Maschinenanlage bei diesem Motorschiff, das den Namen „Götäälf" erhalten hat, ist in die Mitte des Schiffes verlegt; vorn und hinter dem Maschinenraum befindet sich ein Laderaum, ein weiterer auf Deck. Das Schiff ist mit einem 4-Zylinder-Dieselmotor von 410 PS ausgestattet, bei einer Normaltourenzahl von 200 Umdrehungen in der Minute.

Der Vulkan als Kraftquelle? Die Solfatara von Pozzuoli, bei Neapel, zeigt wieder verstärkte Tätigkeit. Die Reisenden, die sie vor dem Krieg unter grünen Hügeln und den Blöcken getrockneter Lava aufsuchten, hatten nur noch mit Mühe einen schwachen Streifen Rauchs wahrgenommen, den sie aussandte. Auch dieser war mehr und mehr verschwunden, so daß sie für völlig erloschen angesehen wurde. Jetzt schickt sie wieder mit beträchtlicher Kraft einen Kegel von Sand, Asche und glühenden Steinen aus, wobei sich donnerähnliches Grollen hören läßt. Auch hat sich an der einen Seite ein neuer Krater gebildet, aus dem große Mengen schwarzen Schlammes herauskommen. Die Behörden von Neapel beschäftigen sich sogar mit der Frage, wie man die Wärme und Kraft, die hier zur Verfügung stehen, für praktische Zwecke nutzbar machen könnte.

Das elektrisierte Afghanistan. Trotzdem Afghanistan eine diplomatische Vertretung unter den Regierungen der Welt besitzt, ist es doch noch ein fast vollkommen gegen die Außenwelt abgeschlossenes Land. Reisende dürfen ohne besondere Erlaubnis die Grenze nicht überschreiten. Der erste Engländer, der durch das Entgegenkommen des Emirs und des Ministers des Auswärtigen ohne jede politische Aufgabe durch das Land reisen durfte, gibt jetzt in einem Londoner Blatt eine Schilderung von den technischen Fortschritten, die sich in aller Stille in Afghanistan vollzogen haben. „Während meiner interessanten Reise," schreibt er, „überzeugte ich mich von dem fortschrittlichen Geiste, der überall im Lande herrscht. Das Land ist gegenwärtig in einem Uebergangsstadium von primitiver Wirtschaft zu moderner Industrie. Manche guten Einrichtungen sind jedoch schon früher geschaffen worden, so der vortreffliche Weg von Jallalabad nach Kabul sowie die telephonischen und die Anlagen für elektrisches Licht in Kabul. Die Hauptstraßen von Kabul sind mit Hilfe der Elektrizität erleuchtet, und besonders auffällig glänzt durch die Nacht die elektrische Fackel eines Denkmals, das zur Erinnerung an den Sieg bei Thal im Jahre 1919 über die englischen Truppen errichtet wurde. Große Hoffnungen setzt man auf die jungen Afghanen, die zur Ausbildung als Ingenieure nach dem Ausland geschickt worden sind. Da das Land über gewaltige Naturschätze verfügt, werden diese Männer große Aufgaben bei der Errichtung von Bergwerken und Industrieunternehmungen haben. Sehr stolz sind die Afghanen auf ihr Heer, das noch niemals so „schlagkräftig" gewesen sein soll wie jetzt und noch verstärkt wird. In Gesprächen erklärten führende Männer des Landes, daß man im ganzen Land die Oberherrschaft der Araber über die heiligen Plätze ablehne und an dem Kalifat des türkischen Sultans festhalte. Ein Sardar bediente sich, um die Lage des Islam zu veranschaulichen, des persischen Sprichwortes: „Wenn man einen Mann in ein Zimmer einschließt, zwingt man ihn schließlich, die Tür aufzubrechen," und man glaubt, daß ein neuer großer Krieg bevorstehe." — Also sobald ein Land in der glücklichen Lage ist, einen wirtschaftlichen Aufschwung buchen zu können, gleich haben die politischen Drahtzieher nichts Besseres zu tun, als die gewonnenen Vorteile und Errungenschaften zum Arrangement eines frisch-fröhlichen Massenmordes zu verwenden!

In der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung zu Berlin W 56, Schinkelplatz 6, finden folgende öffentliche Vorträge statt: Sonnabend, 29. April, abends 6—8 Uhr, „Kulturpolitik und Wirtschaftsleben" (Dr. Redslob, Reichskunstwart); Dienstag, 2. Mai, abends 6—8 Uhr, „Die Jugendbewegung in Deutschland" (Prof. Dr. Spranger), und Freitag, 5. Mai, abends 6—8 Uhr, „Geistige und religiöse Grundlagen der sozialen Anschauungen der Gegenwart" (Lic. theol. Siegmund-Schultze). Eintrittskarten in der Geschäftsstelle (Schinkelplatz 6) und an der Abendkasse zum Preise von je 10 M. erhältlich.

Das „größere Bayern".

Bayerns Sozialisten gegen den blauweißen Annexionismus

Unter der von dem Nürnberger „Fränkischen Kurier" zu propagandistischem Zwecke geprägten Ueberschrift „Das größere Bayern" bringt die „Fränkische Tagespost", unser Nürnberger Bruderblatt, an leitender Stelle folgende Ausführungen:

„Unter diesem Schlagworte („Das größere Bayern") wird von Bayern aus im katholischen Süden für den Anschluß von Tirol und Salzburg, im protestantischen Norden für den Anschluß Thüringer Gebietsteile Stimmung gemacht. In beiden Fällen ist es nicht Fürsorge und Liebe zu den ersehnten Ländern, sondern **der Wunsch nach konfessioneller und politischer Machterweiterung.** Der Gedanke eines **reaktionären katholischen Bayernstaates,** der, durch früher österreichisches Gebiet vergrößert, mit dem gesinnungsverwandten Ungarn der Horthy-Banden in Freundschaft verbunden, sich der Protektion Frankreichs erfreut, ist nicht neu. Es ist ehrenvoll für Württemberg, Baden und Thüringen, daß es diesen unsauberen Plänen in unerschütterlicher Reichstreue ablehnend gegenübersteht. Die unentwegten Patrioten, deren Traum zunächst der Wittelsbacher Königskrone gilt, sind allen Ableugnungen zum Trotz emsig am Werke; es gibt unter ihnen, nicht minder unter ihren deutschnationalen Helfern im Norden, genug Leute, deren Hoffnung es ist, eines Tages die Wittelsbacher auf dem deutschen Kaiserthrone zu sehen, um dann mit Frankreich, dessen Hilfe man sich zunächst gerne gefallen läßt, die ersehnte Abrechnung vornehmen zu können.

In den letzten Wochen ertönt besonders vernehmlich der Lockruf nach Thüringen, um dort für den Anschluß an Bayern zu werben. Als Grund wird die „fränkische Stammeszugehörigkeit" vorgeschützt. Eigentlich ist es recht naiv, wenn man glaubt, damit die Thüringer auf den blauweißen Leim locken zu können. Denn es handelt sich in Wirklichkeit gar nicht um den Zusammenschluß fränkischer Stammesgebiete. Als vor Monaten in Franken die Frage auftauchte, ob es nicht angebracht sei, gegenüber dem reaktionären Terror der Kahr-Regierung und ihrer reichsfeindlichen Haltung auf Grund der Reichsverfassung sich mit der Trennung Frankens von Bayern zu befassen, da schrie die reaktionäre Presse, einschließlich der sogenannten demokratischen, Zeter und Mordio. In der heftigsten Weise wurden deshalb sozialistische Führer beschimpft: ein sozialistischer Abgeordneter wurde sogar **ungeachtet seiner Immunität vor Gericht gebracht und zu empfindlicher Freiheitsstrafe verurteilt.** Und heute sucht man Südthüringen für den Anschluß an Bayern zu ködern.

Kein Land hat im Laufe der letzten beiden Jahre dem Reiche so viele Schwierigkeiten gemacht als Bayern. Wenn jeder Einzelstaat dem Reich so viele Schwierigkeiten bereitet hätte, als dies von Bayern aus geschehen ist, das Reich wäre längst in Trümmer geschlagen. In keinem Land wird die Reichsverfassung derart bekämpft als in Bayern. Nirgends ist die deutsche Reichsregierung derartigen Beschimpfungen und Verdächtigungen ausgesetzt, als dies unter den Augen der bayerischen Regierung in München geschieht. Alle Elemente, die darauf bauen, durch wüste Hetze und blutige Gewalt die Republik zu beseitigen und zum alten monarchistischen Gewalt-, Obrigkeits- und Militärstaat zurückzukehren, suchen und finden Aufnahme in Bayerns Hauptstadt. Kann das den Thüringern, die überwiegend freiheitlich gesinnt sind, gleichgültig sein? Es ist kein Zufall, daß Ludendorff, die Hoffnung der militärischen und politischen Reaktionäre, sein Hauptquartier bei München aufgeschlagen hat. Dort sitzen die Spitzen der „aufgelösten", aber in anderen Formen weiterbestehenden Freikorps, deren Treiben so schwere Beunruhigungen hervorgerufen hat. Der aktive General Epp stellt für das schlimmste deutschvölkische Hetzorgan Gelder zur Verfügung, der frühere Einwohnerwehrvorsitzende Kanzler fordert zu Mordtaten auf, General Xylander darf offene Gewalt predigen, Dr. Pittinger unterhält hochverräterische Beziehungen mit dem benachbarten Tirol, monatelang übten der bayerische Ministerpräsident Kahr zusammen mit dem Münchener Polizeipräsidenten Pöhner die schlimmste Gewaltherrschaft im Lande aus. Wenig hätte gefehlt und es wäre bei der Beisetzung des letzten Bayernkönigs zum Ausruf der Monarchie und damit zur Trennung Bayerns vom Reich gekommen. In keinem Lande ist die bürgerliche Demokratie so im Aussterben begriffen wie in Bayern. Haben die Thüringer Sehnsucht nach diesen Verhältnissen?

Burgfrieden mit Sanktionen?

London, 27. April. (WTB.) Der Berichterstatter des „Daily Chronicle" in Genua schreibt zu der Frage des Burgfriedenspaktes: Frankreich habe klar erkennen lassen, daß es auf seinem ausdrücklichen Vorbehalt bestehen werde bezüglich des Rechtes der Alliierten, Deutschland Sanktionen aufzuerlegen. Deutschland habe noch nie das Recht der Alliierten anerkannt, Sanktionen anzuwenden, es werde daher nicht leicht sein, die Unterschrift Deutschlands dazu zu erhalten. Der britische Standpunkt sei bisher gewesen, daß Sanktionen dem Geiste des Abkommens **entgegengesetzt seien,** daß die Zeit gekommen sei, zu dem Zustande zurückzukehren, wo das Wort eine Nation bindet und daß die Einführung von Sanktionen militärische Gedanken einführe.

Genua, 27. April. (EE.) Lloyd George hatte eine Aussprache mit Dr. Benesch, der ihm seine Vorschläge bekannt gab, welche Allianzen dem Abschluß des alleuropäischen Vertrages vorangehen müßten. Eingehend scheint hierbei die Frage des Abschlusses der französisch-englischen Allianz erörtert worden zu sein. Außerdem aber regte Benesch an, daß die Allianz der Kleinen Entente anerkannt werden und in den großen alleuropäischen Vertrag aufgenommen werden müsse. Alle Strafmaßnahmen militärischer Art, die bisher gegen Deutschland angewandt wurden, sollten auch nach dem etwaigen Abschluß des alleuropäischen Vertrages bestehen bleiben, und außerdem sollten lokale Allianzen geschlossen werden können, um etwaige weitere Strafmaßnahmen bei Nichterfüllung des Versailler Vertrages ergreifen zu können. — Lloyd George stimmte zu, daß der französisch-englische Vertrag abgeschlossen werden müsse. Zu den übrigen Vorschlägen Benesch' gab er eine bestimmte Ansicht nicht kund und meinte nur, daß alle in Europa noch in Schwebe befindlichen Fragen, namentlich die Ostgaliziens, gemeinsam mit Frankreich gelöst werden müßten.

Von zuständiger tschechoslowakischer Seite wird uns erklärt, daß Dr. Benesch keine derartigen Vorschläge in Genua gemacht hat.

Paris, 27. April. (EE.) Dem Korrespondenten des „New York Herald" in Genua zufolge erklären die Russen, daß der ganze Vertrag wertlos sei, wenn man nicht zu einem Einvernehmen gelange, wie man die Rüstungslasten allmählich beseitigen könne.

Abermals ein Iren-General ermordet. Nach dem General Adamson wurde General Michel O'Neil, Kommandeur der 3. Brigade der republikanischen Armee, durch mehrere Kugeln getötet, als er mit einigen anderen Offizieren eine Durchsuchung einer Farm vornahm. Zwischen den regulären Truppen des neuen Freistaates und den republikanischen Rebellen hat in der Umgebung von Lullingar das erste Gefecht stattgefunden.

Wieder die alte Friedrichstraße.

Die Bauarbeiten an der städtischen Untergrundbahn Nord—Süd nehmen einen erfreulichen Fortgang. Lange Strecken, z. B. im Norden bis zur Weidendammer Brücke und im Süden zwischen Belle-Alliance-Platz und dem Apollotheater, sind mit der vorläufigen Pflasterung versehen worden, die einige Zeit liegen muß, bevor das Asphaltpflaster hergestellt werden kann, damit sich der über dem fertigen Tunnel aufgefüllte Ueberfüllboden setzen, d. h. festlagern kann. Zwischen der Chausseestraße und Weidendammer Brücke wird jetzt die Wiederherstellung des Straßendamms in Angriff genommen. Zunächst wird die Straßenmitte, die die Gleise der Straßenbahn aufnimmt, wiederhergestellt, nachdem die Zugänge zur Untergrundbahnstation Oranienburger Tor, die zwischen der Oranienburger und der Karlstraße liegen, bis auf die schmiedeeisernen Umfassungen hergestellt sind. Die Schwierigkeit dieser Wiederherstellungsarbeiten liegt darin, daß Straßenbahn- und Kraftomnibusverkehr, der durch diesen Teil der Friedrichstraße geführt ist, nicht umgeleitet werden kann und daß andererseits auch die Anfuhr der für den Innenausbau der Nord—Südbahn erforderlichen Materialien noch nicht ganz beendet ist. Die Wiederherstellung der Straßenoberfläche des übrigen Teils der Friedrichstraße wird voraussichtlich erst im Spätherbst in Angriff genommen werden können, da die Tunnelstrecke der Nord—Südbahn an einzelnen wichtigen Straßenkreuzungen, z. B. an der Kochstraße, Leipziger Straße usw. noch nicht fertig ist. Ueber den Zeitpunkt der Zurückverlegung der Straßenbahnlinien, die früher durch den südlichen Teil der Friedrichstraße, vom Belle-Alliance-Platz bis zur Kochstraße fuhren, ist eine Entscheidung noch nicht getroffen worden.

Ein maskierter Räuber in der Dresdner Bank.

Revolverschlacht auf dem Kaiserdamm.

Ein ungewöhnlicher Raubüberfall, der vereitelt wurde und zu einer großen Schießerei auf offener Straße führte, ereignete sich heute vormittag bei der Filiale der Dresdner Bank am Reichskanzlerplatz.

In den Räumen an der Ecke des Kaiserdamms erschien um 10 Uhr vormittags ein gutgekleideter Mann von etwa 25 bis 30 Jahren, während kein weiterer Kunde anwesend war. Auch der Kassierer der Zweigstelle hatte sich gerade entfernt. In dem abgetrennten Kassenraum saß nur der Bankvorsteher Karl Schröder. Der „Kunde", der sich gleich beim Eintritt eine schwarze Maske aufgesetzt hatte, zog sofort einen großen Armeerevolver aus der Tasche und trat mit diesem an den Schalter des Bankvorstehers heran. Hier forderte er den Vorsteher auf, ihm auf der Stelle 100 000 M. auszuzahlen. Als im ersten Schreck niemand antwortete, wiederholte der Räuber die Forderung, mit dem Zusatze, daß er nach Ablauf von fünf Minuten 200 000 M. haben müsse. Der Bankvorsteher ging zum Schein auf das Verlangen ein und erwiderte, daß er das Geld im Vorraum durch den Diener auszahlen lassen werde. Darauf wollte aber der Maskierte nicht warten. Er ergriff einen Stuhl und stand im Begriff ihn zu besteigen und über die Schranke hinüberzuklettern, als der Bankdiener, der ebenfalls Schröder heißt, durch eine andere Tür den Vorraum betrat und so dem Räuber in den Rücken kam. Jetzt stürmten auch die Bankbeamten auf den Räuber ein.

Um sich ihrer zu erwehren, gab dieser mehrere Schüsse ab, traf aber niemand. Dann ergriff er die Flucht den Kaiserdamm hinunter nach der Ebereschenallee zu. Der Bankvorsteher, der ihn mit seinen Beamten, dem Diener und anderen Leuten, die dazukamen, verfolgte, schoß mehrmals hinterher, aber ohne ihn zu treffen. Jetzt nahm der Wachtmeister Schilling von der Schutzpolizei, der sich mit dem Rade auf einer Streife befand, die Verfolgung auf. Auch er schoß wiederholt ohne Erfolg. Nun nahm der Räuber Deckung und erwiderte aus dieser heraus das Feuer, wobei er den Wachtmeister vom Rade herunterschoß. Zufällig kam der Wachtmeister Kienbaum von der Schutzpolizei in bürgerlicher Kleidung des Weges. Er bestieg sofort das Rad seines verwundeten Kameraden und nahm die Verfolgung wieder auf. Drei seiner Schüsse trafen den Verbrecher in die Brust, in den Ober- und den Unterschenkel. Jetzt brach er zusammen und gab sich gefangen. Der Schwerverletzte wurde nach dem Krankenhaus Westend gebracht, wo er als Polizeigefangener gehalten wird. Auch Wachtmeister Schilling mußte dem Krankenhause zugeführt werden. Der Räuber verweigert bis jetzt jede Auskunft über seine Person. Er sagt nur, daß er aus Livland gekommen sei. Papiere, die zu seiner Feststellung dienen könnten, wurden bei ihm nicht gefunden. Seine Verletzungen sind nach dem Gutachten des Krankenhausarztes nicht lebensgefährlich.

Eine neue Spur zum Türkenmord.

Gespräch auf der nächtlichen Straße.

Zum Türkenmord in der Uhlandstraße hat eine Dame der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums eine Mitteilung gemacht, der neben vielen anderen jetzt auch nachgegangen wird. Der Vorgang ist beachtenswert und bedarf jedenfalls der weiteren Klärung. Der Doppelmord geschah kurz nach 12 Uhr nachts. Die Schüsse verursachten eine größere Menschenansammlung, die sich erst nach und nach wieder zerstreute. Auch die Dame hielt sich eine Zeitlang am Tatort auf. Als sie dann um 2¼ Uhr nach Hause ging, wurde sie an der Ecke der Uhland- und Pariser Straße von einem jungen Mann in gebrochenem Deutsch angesprochen. Der Mann stand in strömendem Regen auf der Straße und klagte ihr, daß er in seiner Wohnung, die in der Nähe liege, keine Ruhe habe. Er bat sie endlich, ihm in ihrer Behausung für die Nacht ein Unterkommen zu gewähren. Die Dame lehnte das ab, und der junge Mann ging nun in der Richtung nach dem Hohenzollerndamm davon. Das kurze Gespräch hatte auch die Bluttat in der Nähe berührt. Die Dame fragte dabei den Unbekannten, ob er sich den Tatort nicht ansehen wolle. Ueber diese Frange ging er gleichgültig hinweg. Er beachtete sie gar nicht. Dieses auffällige Verhalten und noch dazu der Umstand, daß der junge Mann wie ein Ausländer aussah und sprach, haben in der Dame nachträglich den Verdacht erweckt, daß sie einen der Mörder vor sich gehabt haben könnte. Die Beschreibung, die sie von ihm gibt und die ziemlich genau ist, weil sie eine Weile mit ihm gesprochen hat, paßt auf einen der unbekannten Männer, die von anderen als Täter gesehen worden sind. Er ist etwa 23 bis 25 Jahre alt und 1,65 Meter groß, hat dunkles Haar und trug einen kurzen Jackettanzug ohne Mantel und einen schwarzen weichen Filzhut. Diesen Hut hatte er rundum eingedrückt, so daß er mit seiner schmalen Krempe wohl für eine Mütze angesehen werden kann. Wer außerdem diesen Mann gesehen hat oder über ihn Auskunft geben kann, wird ersucht, sich bei Kriminalkommissar Weitzel zu melden.

Auch von außerhalb gehen der politischen Polizei fortwährend Meldungen zu, die noch nachgeprüft werden müssen.

Schule und 1. Mai.

Wir haben in Nr. 197 bereits gemeldet, daß in Preußen, weil hier der 1. Mai nicht gesetzlicher Feiertag ist, am 1. Mai der Schulunterricht nicht ausfällt, daß aber Gesuchen der Eltern und Erziehungsberechtigten auf Befreiung ihrer Kinder vom Unterricht am 1. Mai entsprochen werden soll. Wer von diesem Recht, sein Kind am 1. Mai vom Unterricht zurückzuhalten, Gebrauch machen will, muß sein Gesuch schleunigst mündlich oder schriftlich an den Leiter der Schule richten.

Zu der Frage einer Beteiligung der Kinder an der Maifeier erhalten wir noch folgende Zuschrift: **Ein Fest von der Bedeutung des 1. Mai kann die Arbeiterschaft nicht begehen, ohne der Kinder** des Proletariats zu gedenken, deren Zukunftssehnen an diesem Tage nach würdigem Ausdruck ringt. Wo die Anerkennung des Weltfeiertages durch Gesetz gesichert ist, da wird den Kindern des Proletariats in den Festzügen ihr Platz und somit die ihnen gebührende Beachtung und Bedeutung zugewiesen. Nicht zuletzt den **Schulkindern,** die ja auch noch immer des Tages harren, da die **neue Zeit** einlöst, was wir ihnen noch immer schuldig geblieben sind. Wie ist's damit in Groß-Berlin? Bis an die Schwelle der Revolution hat man unseren Schulkindern den Zwang auferlegt, an „Kaisers Geburtstag", zur „Sedanfeier" und bei anderen Anlässen dieses Kalibers die mehr oder minder hohenzollernbegeisterten Feiern über sich ergehen zu lassen. Dieser Spuk hat nun ein Ende, aber wie steht ihr, ihr Arbeitereltern, zu der Frage, was mit unseren Schulkindern am 1. Mai anzufangen ist? Uns dünkt, **an diesem Tage gehören sie nicht in die Schule!** Ihr Väter und Mütter des arbeitenden Volkes, sagt es einer dem andern: Die Feier des 1. Mai ist Stückwerk, wenn unseren **Kindern** die Gelegenheit genommen wird, diesen Tag als **Feiertag** in ihr Bewußtsein aufzunehmen!

Die erste Heilanstalt des Reichsversicherungsamtes.

Das von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte schon seit vielen Jahren für kurbedürftige Versicherte in Anspruch genommene Sanatorium Dr. Krapf in Kreischa bei Dresden ist neuerdings in den Besitz der Reichsversicherungsanstalt übergegangen. Damit hat die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte ihre erste eigene Heilanstalt erworben. Am 1. April d. J. fand im Sanatorium Kreischa die feierliche Uebergabe an die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte statt. Der Herr Reichsarbeitsminister hatte einen Vertreter zur Teilnahme an dieser Feier entsandt.

Ein Festabend für die Kölner Sänger.

Der gestrige Festabend, den der Berliner Sängerbund seinen Kölner Gästen im Clou gab, stand unter einer völlig versagenden Organisation. Dadurch litt der Charakter der ganzen Veranstaltung und man hatte gegen 9 Uhr abends den Eindruck eines wüsten Durcheinander. Da offenbar zu reichlich Einladungen versandt worden waren, füllten so viele Tausende den riesigen Saal, daß selbst ein Passieren der Gänge unmöglich schien. Eine ganze Reihe von Regierungs- und Magistratsvertretern richtete herzliche Worte an die Kölner Gäste, unter anderem, wie bereits im Morgenblatt berichtet, Genosse Ministerpräsident Braun. Aber die Kölner kriegten am wenigsten davon zu hören, da sie führerlos in der Masse umhersteuerten. Schließlich sangen die Gäste hinter einer undurchdringlichen Tabakrauchwolke, und es beweist nur ihre vollendete künstlerische Schulung, daß trotz alledem einige ihrer Lieder einen reinen Genuß aufkommen ließen. Immerhin schien der Tumult zur Zufriedenheit der meisten Teilnehmer zu verlaufen. Den Abschluß bildete ein kleines Schadenfeuer am Eingang, das durch die Holzbekleidung eines überhitzten Heizrohrs entstanden sein soll. Einem Löschzug der Berliner Feuerwehr gelang es zum Glück, die Gefahr bald zu beseitigen.

Sonderverkehr zur Baumblüte in Werder.

Zum Beginn der Baumblüte in Werder werden seitens der Eisenbahn am kommenden Sonntag Sonderzüge im Verkehr zwischen Potsdamer Bahnhof und Werder eingelegt. Die Reederei Nobiling veranstaltet am Sonntag eine Sonderfahrt nach Werder mit dem Dampfer „Wintermärchen", bei stärkerem Andrang mit weiteren Dampfern. Abfahrt vom Schlütersteg am Bahnhof Friedrichstraße um 9 Uhr, Charlottenburger Schleuse um 10 Uhr.

Ein ungetreuer Droschkenkutscher wird von der Kriminalpolizei gesucht. Gestern ließ sich ein Kaufmann aus Flensburg mit einer Droschke vom Kaiserhotel in der Friedrichstraße nach dem Hause Potsdamer Straße 134 fahren. Dort gab er dem Führer die Weisung, auf ihn zu warten. Als er jedoch nach kurzer Zeit aus dem Hause wieder herauskam, war die Droschke mit seinem Koffer spurlos verschwunden. Der Koffer enthielt Sachen im Werte von 50 000 M.

Die große öffentliche Volks-Protestversammlung gegen die Zustände in der deutschen Justiz findet heute (Donnerstag) abend 8 Uhr in der „Neuen Welt", Hasenheide, statt. Es werden sprechen Hello v. Gerlach, Kammergerichtsrat Freymuth, Dr. E. J. Gumbel, M. d. L. Genosse Kuttner und Dr. K. Tucholsky.

Jungsozialistische Vereinigung SPD. Am Mittwoch fand die 4. Generalversammlung der Vereinigung im Zentraljugendheim, Lindenstraße 3, statt. Nach dem Bericht des Genossen Keller und einem Ergänzungsbericht des Genossen Bach fanden die Vorstandswahlen statt, die folgendes Ergebnis hatten: Otto Lamm, Kurt Wegner, Kurt Löffler, Herm. Rüstig, Fritz Pätsch. Geschäftsstelle ist wie bisher Bezirksverband der SPD., Lindenstr. 3, Bureau Fischer.

Probleme der Jugendpflege. Im Rahmen der so genannten Veranstaltung, die das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Str. 120, veranstaltet, spricht am Freitag, den 28. April, abends 7 Uhr, Frau Privatdozent Dr. Charlotte Bühler-Dresden, über „Willensentwicklung der Mädchen". (Teilnehmergebühr 5 Mark.)

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Kühl, vielfach heiter, jedoch unbeständig mit leichten Regenschauern und frischen südwestlichen bis westlichen Winden.

Dampferkatastrophe im Kanal.

Der Dampfer Albert Taillandier (dreitausend Tonnen) erlitt bei hohem Seegang im Kanal, sechsundzwanzig Meilen nordwestlich von Sept Iles, Schiffbruch. Das Schiff war mit einer Kohlenladung auf der Fahrt von Rotterdam nach Brest begriffen. Die Besatzung bestand aus zweiunddreißig Mann, von denen nur einer, ein Bootsmannsmaat, von dem griechischen Dampfer Pelagie gerettet wurde. Das Schiff sank in wenigen Minuten. Von den Vermißten fehlt jede Spur.

Eine mächtige Feuersbrunst ist in Malaga (Spanien) in einem Zollgebäude ausgebrochen, in dem sich Wohnungen, die Zollverwaltung, das Schatzamt, das Finanzamt, die Bureaus des Generalrates sowie die Polizeidirektion befinden. Das Feuer brach in den oberen Stockwerken aus, wo Unterbeamte wohnten und griff rasch auf die Treppen über, also den einzigen Weg, den die Familien zu ihrer Flucht hätten nehmen können. Sie konnten nur als verkohlte Leichen geborgen werden. Das Löschmaterial war nur ungenügend. Das Gebäude bedeckt einen Flächenraum von 800 Quadratmetern.

Ein heftiges Erdbeben in Japan hat besonders die Hauptstadt Tokio mitgenommen. Zahlreiche Häuser sind eingestürzt. Die Zahl der Toten ist bedeutend, jedoch befindet sich kein Europäer darunter. Dem Erdbeben war ein Ausbruch des Vulkans Asamayama vorangegangen, der von außerordentlicher Stärke war. Das Erdbeben war so stark, daß die seismographischen Apparate sämtlich beschädigt wurden. Telegraph und Telephon sind unterbrochen, so daß keinerlei Nachrichten über den Umfang der Katastrophe vorliegen. Auch in Yokohama hat das Erdbeben sehr großen Schaden angerichtet.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

21. Abteilung. Heute Donnerstag abend 8½ Uhr bei Marzahn, Utrechter Str. 29 wichtige Besprechung der Elternbeiräte und der Kandidaten.

6. Abteilung. Freitag, den 28., 7½ Uhr, Funktionärkonferenz bei Dobrschlam, Swinemünder Straße 11.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Kampf in der Zementindustrie.

Der schon vor Ostern angekündigte Kampf in der Zementindustrie ist nunmehr Tatsache geworden. Die am 15. und 21. April angesetzten Verhandlungen beim Reichsarbeitsministerium blieben erfolglos. Die Bemühungen der Arbeiterschaft, den Kampf zu vermeiden, scheiterten an der ablehnenden Haltung der Unternehmer.

Der Reichsarbeitsvertrag, dessen Anerkennung gefordert wird, regelt die Arbeitsbedingungen in äußerst bescheidener Weise. Er ist seit seinem Bestehen von der Rheinisch-Westfälischen, der Thüringischen und der Mitteldeutschen Zementindustrie anerkannt. Nur die Norddeutsche und Süddeutsche Zementindustrie lehnt ihn ab. Als Grund der Ablehnung werden die verschiedenartig gelagerten technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Betriebe angeführt. Diese Verschiedenartigkeit soll auf Kosten der Arbeiter ausgeglichen werden. In jedem Betrieb möchten die Unternehmer eine besondere Regelung der Arbeitszeit, der Ueberstunden, der Akkordarbeit, des Urlaubs und so weiter haben; denn jeder einzelne von ihnen glaubt „besondere Verhältnisse“ zu haben. Unterschiedliche Zementpreise wollen sie natürlich nicht. Diese streichen sie in einheitlicher Höhe ein. Die Lohnquote bei der Preisfestsetzung ist von der Regierung so reichlich bemessen, daß sie gar nicht aufgebraucht wird. Und dennoch lehnen es die Zementherren ab, den bei ätzendem Staub und sengender Hitze, bei Kälte und Nässe schwer arbeitenden Zementarbeitern gleiche Arbeitsbedingungen zu gewähren, deren geldliche Wertung bei der Festsetzung der Zementpreise einbezogen wird.

Der Abschluß von Bezirkslohntarifen wird von den Unternehmern ebenfalls mit der Begründung der „besonderen Verhältnisse“ abgelehnt. Die Dividenden betrugen im vorigen Jahre bis zu 35 Proz. Materielle Schwierigkeiten stehen den bescheidenen Forderungen der Arbeiterschaft also nicht entgegen. Der Widerstand der Zementherren resultiert aus anderen Gründen. Durch die Bundesratsverordnung vom Juni 1916 haben sie

das Monopol der Zementerzeugung.

Ferner verfügen sie über eine 3—4fache Organisation. Dadurch fühlen sie sich stark. Sie versuchen das Rad der Zeit rückwärts zu drehen. In Süddeutschland haben sie bereits damit begonnen, indem sie in einigen Werken, entgegen den Grundsätzen der Arbeitsgemeinschaft, die Gelben eingeführt haben. Diese Werke weigern sich mit den Gewerkschaften zu verhandeln oder in ein Tarifverhältnis einzutreten. Nach Süddeutschland soll Norddeutschland an die Reihe kommen. Die Gewerkschaften sollen ausgeschaltet und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter soll beseitigt werden. Damit ist auch das Koalitionsrecht gefährdet. Den organisierten Arbeitern wird in den gelbverseuchten Werken schon heute die Existenz außerordentlich schwer gemacht, ihr Mitbestimmungsrecht ist dort schon beseitigt. Für die Zementarbeiterschaft steht also alles auf dem Spiel.

Eine Neuregelung der Arbeitslöhne ist unbedingt erforderlich. Die Lohnunterschiede waren für die gleiche Arbeit seither ungeheuer groß. So hatten wir Ende Februar im Bereich des Süddeutschen Zementsyndikats Spitzenlöhne, die zwischen 13,90 M. und 3,85 M. pro Stunde schwankten. Der Unterschied betrug also für die gleiche Arbeit 10,05 M. oder 261 Proz. Die Zementpreise aber waren gleichmäßig hoch. Während sich die Unternehmer bei den seitherigen Lohnbewegungen in den einzelnen Werken vollständig zugeknöpft verhielten, haben sie jetzt bei der Zentralbewegung Lohnaufbesserungen bis zu 3,50 M. pro Stunde zugestanden. Sogar die gelben Werke sahen sich gezwungen, pro Stunde 2,70 M. Lohnzulage und außerdem Wirtschaftsbeihilfen bis zu 1000 M. pro Arbeiter zu gewähren. Seither glaubten die Unternehmer schon bei einer Lohnzulage von 1 M. pro Stunde verhungern zu müssen. Nun können sie auf einmal auch noch bei einer Zulage von 3,50 M. existieren. Das ist der erste Erfolg der zentralen Bewegung.

Der gegenwärtige Kampf dreht sich nicht allein um den Reichsarbeitsvertrag, Bezirkslohntarif und Lohnerhöhung, sondern vor allem darum, den Fortschritt zu sichern und um die der Arbeiterschaft zugedachte Rechtlosmachung abzuwehren. Das soziale Empfinden der Unternehmer und der Einfluß der Reichsbehörde hat bis jetzt versagt. Die Arbeiterschaft muß sich daher selbst helfen. Sie kann es, denn das Recht ist auf ihrer Seite.

Kommunistische Quertreiberei.

Die Kommunisten brauchen Aktionen, „Massenaktionen“, weshalb sie die kleinste Bewegung irgendeiner Arbeiter- oder Angestelltengruppe in lebenswichtigen Betrieben zu schüren suchen, damit sie weitere Ausdehnung nimmt. Ist aber eine große Bewegung wie der Abwehrkampf der Metallarbeiter in Süddeutschland im Gange, möchten unsere Moskauer, die hinter den wirklichen Moskauern allmählich etwas zurückgeblieben sind und noch nicht mit dem nötigen Umlernen begonnen haben, einen Generalstreik daraus machen, zur höheren Ehre der mißlungenen Weltrevolution.

Wer von der Gewerkschaftspraxis einige Kenntnis hat, der weiß, welche aufreibende Tätigkeit die Führung eines solchen Kampfes bedeutet. Der Erfolg hängt hauptsächlich mit davon ab, daß die Streikenden unter sich einig sind, daß sie die notwendigen Maßnahmen der Streikleitung anerkennen und ihnen folgen. Der große Tamtam macht es dabei nicht, sondern der Einheitswille, die Entschlossenheit und — die Munition.

In einer solchen Situation kommt die „Rote Fahne“, die für die kommunistische Presse im Lande den Ton angibt, fast tagtäglich mit ihrer bekannten Beschimpfung der Gewerkschaftsbureaukratie, der Streikleitung, um diese samt ihren Maßnahmen in den Augen eines ganzen Teils der am Kampfe beteiligten Arbeiter herunterzureißen und so die Reihen der Kämpfenden zu erschüttern und den Unternehmern in die Hände zu arbeiten. Wenn dieses fortgesetzte unverantwortliche, schamlose Treiben der „Roten Fahne“ diesen Erfolg nicht haben sollte, dann ist es nicht ihre Schuld. Nicht der Erhaltung der 48stündigen Arbeitszeit in Süddeutschland, nicht der Sache der Gewerkschaften gilt ihr Interesse; lediglich die Sucht treibt sie, die Massenbewegung ihren Agitationsbedürfnissen dienstbar zu machen. Die dreiste Anmaßung, in die Führung eines solchen Kampfes sich in dieser Weise einzumischen, ihm ihre Universaltaktik aufzudrängen, steht zu der Kenntnis, Erfahrung und Befähigung dieser Quertreiber im denkbar schroffsten Mißverhältnis.

Mit welchen niedrigen Mitteln das Kommunistenblatt operiert, zeigt sich in seinem Artikel der Abendausgabe vom 26. April.

Der Leitung des Metallarbeiterverbandes wird darin zum Vorwurf gemacht, daß sie außer der finanziellen Unterstützung nichts für die energische Durchführung und siegreiche Beendigung des Kampfes tue, weil sie dem von der „Roten Fahne“ konstruierten „Massenwillen“ nicht folge. Sie tue es nicht aus Rücksichtnahme auf die Koalitionspolitik des ADGB. und der Rechtssozialisten. In seiner Spatzenfrechheit behauptet das Blatt entgegen den Tatsachen, daß namhafte Vertreter des ADGB. und der SPD. am Werke seien, nicht nur die 48stündige Arbeitszeit preiszugeben, sondern auch im Interesse ihrer Erfüllungs- und Koalitionspolitik den Achtstundentag zu opfern und eine neun-, zehn- und mehrstündige Arbeitszeit einzuführen. Den Beschluß der letzten Bundesausschußsitzung des ADGB. für den Achtstundentag, die Haltung des „Vorwärts“ zum Achtstundentag unterschlägt das wahrheitsliebende Blatt und tischt ein paar Namen auf von SPD.-Mitgliedern, deren Meinung weder für die Gewerkschaften noch für den Stuttgarter Kampf eine Rolle spielt. Durch die Behauptung des Gegenteils soll Verwirrung gestiftet werden.

Dieser Quertreiberei muß denn doch einmal gründlich gesteuert werden, soll die Gewerkschaftsarbeit nicht unermeßlichen Schaden erleiden.

Löhne im Hoch- und Betonbau.

Von den Verbänden der Bauarbeiter und Zimmerer wird uns gemeldet: In der Verhandlung am 25. April 1922 wegen Revision der Tariflöhne im Hoch- und Betonbau hat die Tarifkommission, vorbehaltlich der Zustimmung der Mitgliederversammlungen aller beteiligten Organisationen, folgende Vereinbarung getroffen:

1. Die bezirklichen Lohn- und Arbeitstarife für das Tarifgebiet Groß-Berlin werden bis zum 31. Mai 1922 verlängert.

2. Der Tariflohn der Maurer und Zimmerer wird auf 26 M., der Tariflohn der Bauhilfsarbeiter auf 25 M. festgesetzt. Die Löhne aller anderen Arbeitergruppen des Hoch- und Betonbaues erfahren eine entsprechende Erhöhung. Die Tariflöhne betragen demnach in der Zeit vom 1. bis 31. Mai 1922 für Maurer und Zimmer 26 M., Zementierer und Einschaler 25,95 M., Stein- und Kalkträger 26 M., Kalkschläger, Wasserträger, Rüster usw. 25,15 M., Zementarbeiter 25,15 M., geübte Bauhilfsarbeiter 25 M., ungeübte Bauhilfsarbeiter 24,90 M.

3. Die neue Lohnvereinbarung tritt mit Wirkung vom 1. Mai 1922 in Kraft und gilt bis 31. Mai 1922 unter Berücksichtigung des dann geltenden Tarifvertrages.

Die Urabstimmung des Bauarbeiterverbandes erfolgt am Sonntag, den 30. April, in den bekannten Bezirkslokalen (siehe Inserat der Morgenausgabe vom 28. April).

Abstimmungsberechtigt sind: Maurer, Zementierer, Einschaler, Stein- und Kalkträger, Kalkschläger, Rüster, Zementarbeiter, Bauhilfsarbeiter, Putzer, Isolierer, Fliesenleger, Rohrer, Staker und Kunststeinversetzer.

Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

Achtung Gewerkschaften! Sämtliche Mitglieder, die den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern, werden hiermit gebeten, sich morgens 8¾ Uhr „Am Knie“ einzufinden, um von dort aus gemeinsam mit den Arbeiterparteien den Abmarsch nach dem Lustgarten zu vollziehen. Für Ordner haben die einzelnen Gewerkschaften, größere Fabrikbetriebe und die Parteien selbst Sorge zu tragen. Sorge ferner ein jeder unbedingt für eine imposante Beteiligung an dieser so bedeutsamen Kundgebung. Keiner darf fehlen!

Am 1. Mai, vormittags 8¾ Uhr, treffen sich alle Berliner Musikinstrumentenarbeiter pünktlich auf dem Andreasplatz. Für vollzähliges Erscheinen der Betriebe sorgen die Betriebsvertretungen. Die Branchenleitung.

Riesenaussperrung der Metallarbeiter in England. Am Dienstag wurde in allen Betrieben die Ankündigung angeschlagen, daß, da die bisherigen Verhandlungen mit den 47 Verbänden der Metallarbeiter zu keiner Einigung führten, die angedrohte Aussperrung am nächsten Dienstag in Kraft treten werde.

In dem Konflikt zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in der Baumwollindustrie ist es zu einer Einigung gekommen: der vorgeschlagene Lohnabbau wird in zwei Raten durchgeführt werden und im ganzen 4 Schilling 1 Penny betragen. Sechs Monate nach der zweiten Lohnreduktion soll eine Ueberprüfung der Löhne vorgenommen werden.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Freitag 7 Uhr Versammlung der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Bezirksamt 15, in der Schulaula Niederschöneweide. Wahl der Sektionsleitung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Musikinstrumenten-Arbeiter! Freitag 5 Uhr, Versammlung aller Betriebsräte und Vertrauensleute im „Reichenberger Hof“, Reichenberger Straße 147. Unsere Forderungen.

Wirtschaft

Getreide oder Mehl.

Im Zusammenhang ihrer Forderung, die Getreideumlage aufzuheben, sind besonders die Interessenten des Handels bemüht, die Reichsgetreidestelle zu bewegen, im Falle der Beibehaltung der Umlage die Vermahlung der Körner aufzugeben und den Kommunalverbänden nur Getreide, aber kein Mehl zur Verfügung zu stellen. Diese Bestrebungen sind besonders für die regelmäßige Brotversorgung der großen Verbrauchergebiete (Rheinland, Westfalen, Berlin und sonstige Industriezentren) von äußerster Wichtigkeit. Wenn die Kommunalverbände von der RG. aus den Erzeugergebieten lediglich Getreide zugewiesen erhalten sollten, müssen die Kommunalverbände dann das Getreide wieder den verschiedensten Mühlen zuweisen, die sehr oft weit von den Kommunalverbänden entfernt liegen. Die der Landwirtschaft dann zur Verfügung zu stellende Kleie muß erst den Weg von dem Erzeugergebiet nach der Mühle des Kommunalverbandes antreten und nachher, wenn das Mehl gemahlen und die Kleie gewonnen ist, wieder zurück zur Landwirtschaft befördert werden. Die Tätigkeit, die heute eine einzige Stelle in Deutschland ausübt und deshalb bei irgendwelchen Schwierigkeiten sehr leicht in der Lage ist, Umdisponierungen vorzunehmen, würde dann bei der reinen Körnerbewirtschaftung vorzugsweise von vielen Kommunalverbänden besorgt werden. Daß dieses System nicht sofort funktionieren kann, ist ganz selbstverständlich, weil die jahrelangen Erfahrungen der Reichsgetreidestelle von den einzelnen Kommunalverbänden erst wieder gesammelt werden müssen.

Viel schlimmer ist aber der Umstand, daß eine Mehlausgleichstelle in Zukunft nicht mehr vorhanden sein würde. Jeder Volkswirtschafter muß anerkennen, daß selbst in den schwierigsten Situationen die RG. in der Lage war, mit Hilfe der zentralen Mühlenbewirtschaftung einen Ausgleich herbeizuführen und die Kommunalverbände mit dem nötigen Mehl zu versorgen. Man stelle sich vor, daß eine Anzahl Kommunalverbände des Industriegebiets ihr Getreide aus einem bestimmten Bezirk östlicher Provinzen zugewiesen erhalten und es treten in diesem östlichen Bezirk Witterungsverhältnisse ein, die das Verladen von Getreide unmöglich machen, so sitzen die Kommunalverbände sehr schnell ohne Mehl, weil die Reichsausgleichstelle, die bisher dann von anderen Stellen das Mehl zugewiesen hat, fehlt. Die Leidtragenden eines solchen Systems werden in erster Linie die Arbeiter in den Großstädten und Industriebezirken sein, weil sie dann zu Wucherpreisen Freibrot kaufen müssen, das die Bäcker dann sicher nicht billiger abgeben werden. Wir halten es also aus Gründen der ordnungsgemäßen Ernährung der Gesamtbevölkerung und Aufrechterhaltung der gleichmäßigen Versorgung für dringend notwendig, daß auch die zentrale Mehlwirtschaft der RG. so lange aufrechterhalten wird, wie Deutschland nicht in der Lage ist, das nötige Brotgetreide für den Gesamtbedarf zur Verfügung zu stellen. Die Herrschaften vom Handel und der Landwirtschaft müssen sich daran gewöhnen, daß sie aus der Not des Volkes nicht unbeschränkt Nutzen ziehen dürfen und die Vertreter der Arbeiterschaft in den Regierungen und Parlamenten müssen darüber wachen, daß dem Volke die Brotversorgung zu annehmbaren Preisen gesichert bleibt. Gustav Friedrich-Bochum.

Zellstoff wird teurer. Die Zellstoffabrikanten beantworten die Forderung der deutschen Zeitungen nach einer Verbilligung dieses für die Druckpapierfabrikation außerordentlich wichtigen Rohstoffes damit, daß sie ihre Preise für Mai erneut um 28—30 Proz. erhöhen, nachdem sie im April 40 Proz., im März 20 Proz. und im Januar 80 Proz. Preiszuschläge auf die jeweils voraufgegangenen Preise genommen haben. So ist, wenn die Regierung nicht sofort einschreitet, mit einer neuen Papierpreiserhöhung und damit einer Verschärfung der Zeitungsnot zu rechnen.

Ein Goldrubel = 200 000 Sowjetrubel. Das sowjetrussische Volkskommissariat für Finanzen hat den Kurs des Goldrubels auf 200 000 Sowjetrubel festgesetzt.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Klühs, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Gewinn-Auszug

der

19. Preuß.-Südd. (245. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse. 12. Ziehungstag. 26. April 1922.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Ohne Gewähr. Nachdruck verboten.

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:

2 zu 60000 M 189659
4 zu 15000 M 103862 282961
2 zu 10000 M 27041
16 zu 5000 M 73519 95200 134170 163124 164543 169033 183201 233101 237741
138 zu 3000 M 281 2140 3767 5953 7315 7793 7966 8836 12705 17464 18061 21666 26006 28349 50977 55531 59978 60487 63074 66425 68273 69457 78993 86767 87338 88741 8.286 96201 95316 96143 99282 100468 106696 109105 110485 118868 141669 144536 164785 166541 168000 177204 177924 178357 186241 187198 189400 196613 200766 200951 202443 204507 207922 224104 232960 236834 244744 248341 252608 254404 256910 262216 264371 269338 269446 271148 278026 293654 299709
254 zu 1000 M 2866 2061 3006 4063 6768 9611 10936 11619 11637 12117 12978 14062 14862 19428 20099 23013 24311 24868 26174 26404 29086 34957 38907 40946 41108 41528 42396 42770 42816 43374 45238 47080 50065 50795 51392 54040 54288 55653 56580 60596 61351 61715 61088 63487 64190 65312 72002 74639 75496 77237 77294 78472 79166 80417 83854 87399 88188 89956 90040 97097 97817 100946 103549 111732 112851 113320 114460 114733 117089 117208 117376 117719 117939 118062 118180 118944 122271 122363 123374 123879 124844 126462 126506 128779 129227 130461 141340 143198 148640 149779 151494 154581 156582 158392 161474 163866 166094 167528 169692 169868 170478 172006 173119 175911 176481 180050 182732 185606 188443 188494 190685 191489 192677 193968 196297 198619 201404 202457 202776 205466 206169 210726 211779 211812 213607 214448 216179 216687 218838 219166 219414 219476 220792 221690 223188 229022 236378 238121 240439 241900 242213 242238 243263 243152 243198 244066 244398 247323 247443 252313 253627 258088 258266 260296 263476 265866 266024 266686 267264 268182 268876 270467 271436 273297 274069 274279 274436 278334 284447 286559 289783 289870 293839 296064 297186 297636 297969

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:

6 zu 10000 M 69976 145189 188823
18 zu 5000 M 60663 105633 122118 129837 129685 137560 183309 218653 263363
130 zu 3000 M 871 6178 16138 20078 26686 26899 29379 31969 32133 38303 46765 47956 49683 52936 57951 59971 61536 63517 64013 65350 79186 79643 89540 95200 106146 108926 110126 118987 131409 131633 137395 140376 141411 147668 151566 159987 168364 165469 169765 160759 163139 167961 174813 194533 200684 203669 204796 207389 212461 214722 220006 229640 231020 233723 236119 240547 257620 257695 269627 283586 284117 286975 294019 297396 298788
336 zu 1000 M 660 3309 4663 6118 6815 11636 12610 14297 23666 27877 28457 29383 30462 36210 33097 38436 38666 37593 38878 40138 41580 44770 45331 50694 54996 57147 57564 60759 63064 66466 66596 70686 72704 73161 73880 73654 75966 76339 77462 77705 78129 78721 79051 81346 83073 84581 84787 87079 87827 88711 92078 92163 93448 93476 93663 94019 96310 96418 98321 99592 100661 101096 101337 102836 103113 103766 106035 111669 112693 113368 114061 116469 119161 119461 120647 120760 121539 122694 122890 123904 126551 128208 129349 129430 130631 130802 131006 131092 131868 133881 135189 138928 141543 143370 143928 147267 149905 151348 153391 154719 161154 162791 163590 163733 164884 164838 164612 167727 167946 168097 169463 172674 175182 175760 175774 178466 178816 179672 180703 180886 182298 183472 186114 186663 188765 193451 193736 194836 197699 198466 198467 199192 202363 203469 203748 203878 204614 207395 207689 211004 214188 217270 217977 220957 221839 222480 223335 233318 233943 237985 238701 240414 241304 247518 247804 247979 248964 249720 257046 259427 260602 261497 263690 265407 267763 269786 270351 271864 272463 274690 275686 276338 278651 279976 280158 281671 285099 286342 288663 289437 289774 290133 291169 291879 292217 293444 293864 294651 297669 298820 299146 299240

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Listen zu ersehen, die bei den staatlichen Lotterie-Einnehmern zur unentgeltlichen Einsicht ausliegen.

Gold- Silber-, Platin- Bruch- u. Münzen Alte Metalle u. Zahngebisse kauft zum höchsten Tageskurs Gehlhaar, Waldemarstraße 61.

Möbel kaufen Sie sehr vorteilhaft im Spezial-Möbelhaus G. CAMNITZER Schönhauser Allee 82 Ecke Wichertstr., am Ringbahnh. Schönhauser Allee und Hochbahnst. Nordring. Auf Wunsch bequeme Teilzahlung.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet!

Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preisen einzig dastehende Trauringe

1 Ring, Dukatengold, von 250,— an
1 Ring, 585 gestempelt, von 200,— an
1 Ring, 333 gestempelt, von 100,— an

Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt.

D. R. G. M. Ausführlicher Katalog nach auswärts gegen Rückporto.

H. Wiese, Juwelier
Artilleriestraße 30 und Passauer Straße 12
5 Min. v. Bahnh. Friedrichstr. 1 Min. v. Wittenb.-Pl., Nähe Zoo
Telephon: Norden 1030. — Handelsgerichtlich eingetragene Firma.

Metall-Bettstellen Fürst, Neukölln, Hermannstr. 88 Ecke Mahlower Straße. Kinderwagen Bettfedern Korbmöbel. Fabr. f. Ruhebett., Auflegematratz. u. Feldbettstellen. Fabrikpreise. Lieferung in Neukölln und angrenzende Gegend frei Haus.

Die Anfertigung moderner Korsette, Reform-Korsette, Kinderleibchen, Büstenhalter usw. aus eingesandten Stoffen unter Hinzunahme besten Materials, als auch Reinigung und Wiederherstellung getragener Korsette übernimmt bei billigster Berechnung Korsett-Fabrik Richard Necke 1. Geschäft: Bln.-Karlshorst, Treskow-Allee 99. — 2. Geschäft Berlin-Lichtenberg, Neue Bahnhofstraße 36. 3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 23, Ecke Alte Jakobstr.

Korbmöbel kaufen Sie am vorteilhaftesten dir. b. Hersteller A. Lesdau Werkstätten für fein. Korbmöbel Fernsprecher: Neukölln 1289. Ausstell. und Verkauf nur Neukölln, Anzengruberstraße 20.

Korb- u. Rohrmöbel Eig. Fabrik, stets hervorrag. Neuh. Gr. Auswahl. Billige Preise Edmund Voß, Bln.-Neukölln Berliner Str. 14, Nähe Hermannplatz — Tel.: Neukölln 2264. Repar. sämtlich. Korbwaren

Tuchfabrik-Niederlage H. Lamprecht, Bln.-Treptow, Bouchéstr. 17, liefert Stoffe f. Damen u. Herren zu Fabrikpreis. Gr. Auswahl i. d. modernsten Farben für Anzug u. Paletots.

Wichtig f. alle u. besond. heute ist die Sicherung d. Zukunft der Familie u. die Vorsorge für das Alter durch den Abschluß einer Lebensversicherung. Richt. Sie deh. umgehend Ihre Anfrage an Karlsruher Lebensversicher. a. G. Hauptvertretung Groß-Berlin Berlin W 50, Eislebener Straße 6

Wo laß ich meinen Anzug machen? Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung? Max Motel, Schneidermstr. Neukölln, Ringbahnstr. 33. Tel. 909. Lieferung für höchste Staatsbeamten Viele Anerkennungen u. Dankschreiben